

ANFRAGE

des Abgeordneten Peter Wurm
an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
betreffend **Unfairer Kampf? Provision vs. Honorar**

Folgende Pressemitteilung wurde am 6. März 2024 veröffentlicht:¹

Unfairer Kampf? Provision vs. Honorar

AK-Studie über Vergütungsmodelle bei langfristiger Geldanlage

Gefällt der Finanzlobby nicht, dass Konsumentenschützer ihre Argumente gegen Provisionen mit Zahlen untermauern? fynup hat in einer Studie gemeinsam mit der AK Wien durch Fakten belegt, was VKI und VSV seit Jahren anprangern: Die Provisionen bei langfristiger Geldanlage sind in Österreich zu hoch. Doch anstatt auf die Fakten zu reagieren, wird die Glaubwürdigkeit der Autoren angegriffen.

Studie zeigt, worüber keiner spricht^[L7 SEP]

*Lebensversicherungen eignen sich perfekt für langfristige Geldanlage – wären da nicht die extrem hohen Provisionen, von denen Konsument*innen meist nichts erfahren, wie die AK Wien festgestellt hat. Gemeinsam mit der Arbeiterkammer hat fynup auch eine Studie erstellt, die das übliche Provisions-System mit Honorar-Beratung vergleicht.*

Möglich macht das eine von fynup entwickelte Software, die über 50.000 mögliche Geldanlage-Kombinationen am Markt mit allen Kosten analysiert und vergleicht. Damit kann man nicht nur das Beste finden – sondern auch Markt-Analysen berechnen. Die Software liefert jene Transparenz, die Verbraucherschützer seit Jahren fordern.

ORF und Presse berichten

*News, trend, Salzburger Nachrichten und andere berichteten über die AK Erhebung, die festgestellt hat, dass Finanzberater oft unzureichend über die Provisionen aufklären. In Testkäufen wurden 70 % von nur „oberflächlich“ bis falsch informiert – obwohl Kund*innen diese Provisionen durch die Kosten ihrer Geldanlage bezahlen.*

Über die Ergebnisse der AK-Studie mit den fynup Berechnungen „Provision vs. Honorar“ war im ORF Wirtschaftsmagazin ECO ein ausführlicher Beitrag zu sehen. In diesem Bericht kam auch ein Branchenvertreter der Finanzdienstleister zu Wort, der wie zu erwarten die Provisionen verteidigte und das Problem relativierte.

Finanz-Vertrieb gegen Transparenz?

Das vorgebrachte Argument, Provisionen würden bei kleinen Sparbeträgen Sinn machen, wurde durch einen Gesamtkosten-Vergleich widerlegt. Wie

¹ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240306_OT50170/unfairer-kampf-provision-vs-honorar-bild

reagiert nun die Branchenvertretung? Mit einer Stellungnahme, in der sie versucht, die Glaubwürdigkeit der Studienautoren zu untergraben.

*Damit ist Konsument*innen nicht geholfen. Was hilft, ist mehr Transparenz. Wir brauchen in Österreich endlich leicht verständliche Aufklärung über Höhe und Auswirkung der Gesamtkosten – vor der Unterschrift. Genau diese fehlende Transparenz fordern Konsumentenschützer*innen seit Jahren.*

Konsumenten haben die Wahl

Nur mit maximaler Transparenz können Sparer und Anlegerinnen selbst bewusst entscheiden, ob sie beim üblichen Provisions-System bleiben wollen oder auf moderne Honorar-Beratung setzen.

fynup macht den ersten Schritt: Mit transparenter Aufklärung, Finanz-Bildung sowie einem kostenfrei und anonym zugänglichen Vergleichsrechner, der erstmals alle Kosten berücksichtigt und die Auswirkungen verständlich darstellt. Denn erst wenn man sieht, was wieviel kostet, hat man wirklich die Wahl. Und muss niemandem glauben.

In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz nachstehende

Anfrage

1. Kennen Sie als zuständiger Konsumentenschutzminister diese Studie der Arbeiterkammer betreffend Vergütungsmodelle bei langfristiger Geldanlage?
 - a. Wenn ja, wie beurteilen Sie als zuständiger Konsumentenschutzminister bzw. wie beurteilt das BMSGPK diese Studie?
2. Welche Schlussfolgerungen und Maßnahmen leiten Sie als zuständiger Konsumentenschutzminister bzw. leitet das BMSGPK aus dieser Studie ab?

The block contains five handwritten signatures in black ink, arranged in two rows. The top row has three signatures, and the bottom row has two. They appear to be the signatures of the members of the parliamentary committee who submitted the inquiry.

